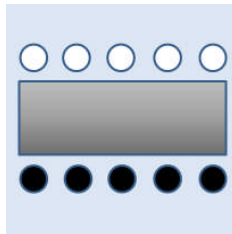


ECKIGER TISCH



Pressemitteilung vom 27. Januar 2011

Stellungnahme zur schriftlichen Ankündigung des Jesuitenordens, den Missbrauchsoffern, „die sich im vergangenen Jahr gemeldet haben ... in zwei bis drei Monaten ... nach Prüfung eines entsprechenden Antrags eine Zahlung von 5000,- Euro anzubieten“

Wir stellen fest, dass der Jesuitenorden sein bisher über die Presse gemachtes Angebot nunmehr auch gegenüber den Betroffenen wiederholt hat – vier Monate nach den ersten Berichten darüber. Weitere Monate der Prüfung werden angekündigt.

Wir sind verwundert, dass dieses Angebot offensichtlich an ein wie auch immer geartetes Antragsverfahren gekoppelt werden soll. Ebenso verwundert sind wir darüber, dass der Orden erneut um Geduld bittet, da er offensichtlich die Zustimmung der Bischöfe und der anderen Orden zu seinem Vorgehen abwarten möchte. Vor diesem Hintergrund sind wir skeptisch, ob es in drei Monaten tatsächlich zu einem solchen Angebot kommen wird.

Die in Aussicht gestellten 5.000 Euro sind unangemessen. Sie heilen nicht, sondern machen wütend, weil sie den Folgen der Taten nicht adäquat sind und im deutlichen Kontrast zur Macht und Reichtum der katholischen Kirche in Deutschland stehen. Anerkennung und Genugtuung sehen anders aus.

Ein derartiger Betrag stellt nicht einmal im Ansatz eine kompensatorische Leistung für die Opfer dar. Er ist vielmehr ein Zeichen dafür, dass Kirche und Orden immer noch nicht verstanden haben, was sie als Institution insgesamt und ihre Vertreter als konkrete Täter an gravierenden Lebensschäden bei den Betroffenen angerichtet haben.

Dass die in Aussicht gestellte eine Million Euro für über zweihundert Betroffene viel Geld für den Orden sei, mag so sein, wenn man den Betrag ohne Rückgriff auf das Vermögen aufbringen möchte und die Geschäfte in den vom Orden verwalteten Einrichtungen unbeschadet weitergeführt werden sollen.

Dieser Betrag folgt damit jedoch der Logik, nicht danach zu fragen, was die Opfer brauchen, sondern was die Täterorganisation sich leisten will. Wir werden nicht anfangen, dem Orden seine Grundstücke und Anlagen vorzurechnen. Aber die behauptete Armut der Institution entspricht nicht dem Augenschein.

Die durch die Verantwortlichen des Jesuitenordens in der Vergangenheit in Deutschland praktizierte Verheimlichung und Vertuschung sowie das weitreichende „Täterschutzprogramm“ waren Teil der in der gesamten Kirche angeordneten Praxis. Ihre Lehre hat den Tätern den Weg geebnet. Auch die Instanzen der Kirche haben versagt.

Wenn der deutsche Jesuitenorden also erklärt, neben seinen florierenden Schulen keinen angemessenen Betrag aufbringen zu können, sondern nur einen symbolischen „Seht-her-wir-wollen-aber-wir-können-nicht-mehr“-Betrag – dann ist die Kirche in Deutschland gefordert.

Der Verweis auf den Staat ist irreführend. Man muss zwar beklagen, dass in Deutschland die konfessionell geführten und auch die sonstigen privaten Schulen nach ihrer Genehmigung offensichtlich keiner weiteren Schulaufsicht unterliegen. Daraus aber abzuleiten, dass der Staat für die Tradition des vertuschten Missbrauchs haften soll, erscheint uns abwegig.

Neben dem Drama des Missbrauchs in Familien gibt es auch manche Institution, wo kein Ausgleich für die Betroffenen mehr möglich ist, weil sie mittellos sind oder nicht mehr existieren. Hier muss die Gesellschaft, muss der Staat einspringen. Für die Kirche gilt dies nicht. Sie muss vielmehr zu ihrer Verantwortung stehen und das heißt, für die Fälle in ihren Einrichtungen eine angemessene Lösung finden – unabhängig von der tatsächlichen Finanzkraft einzelner ihrer Teile.

Nach diesem Vorbild können dann auch andere gesellschaftliche Institutionen wie der Sport das Problem angehen und zum Beispiel einen gemeinsamen Fond schaffen, um Opfer von sexueller Gewalt in ihren Vereinen zu entschädigen. Für die Opfer familiären Missbrauchs könnte und sollte die Gesellschaft neben einer individuellen Lösung vermehrt in die Hilfen zur Lebensbewältigung investieren und solche Leistungen zum Beispiel unabhängig machen von der Anrechnung auf sonstige soziale Leistungen.

Dies sind Fragen, die sicher auch am Runden Tisch zu besprechen sind. Für die Kirche gibt es jedoch keinen Grund, nicht endlich mit gutem Beispiel voranzugehen.

Matthias Katsch
Sprecher ECKIGER TISCH